

monitor



Von der Teutophobie zur Deutschenfeindlichkeit

Hintergrund ➔ Ein kritischer Blick auf die aktuelle Debatte

Ganz Deutschland redet über Schulhöfe, auf denen angeblich eine zunehmende »Deutschenfeindlichkeit« herrsche. Singuläre Situationen in Nord-Neukölln oder Kreuzberg müssen für eine fatale Neudefinieren von Rassismus herhalten, die weiße Deutsche als neue Opfergruppe anerkannt haben will. Die tatsächliche rassistische Strukturierung der Gesellschaft gerät dabei aus dem Fokus.

Ein Blick zurück: Startschuss für die aktuelle Debatte war ein Anfang Oktober 2010 durch die Berliner GEW organisierte Fachtagung, die sich dem Problem der so genannten »Deutschenfeindlichkeit« widmete. Anlass für die Tagung waren hitzige Diskussionen innerhalb der GEW, die in Folge eines Artikels der Kreuzberger LehrerInnen Posor und Meyer in der Mitgliederzeitschrift *berliner lehrerzeitung*¹ aufkamen, der fast ein Jahr zuvor erschien. Laut Artikel werde der Aufenthalt auf dem Schulhof für deutsche SchülerInnen in sozialen Brennpunkten wie Kreuzberg und Neukölln zum Spießrutenlauf, sie würden gemobbt und beschimpft.

Mobbing gegen »Deutsche«

Die AutorInnen weisen zwar auf die schwierigen sozio-ökonomischen Ursachen hin, jedoch ziehen sie zur Erklärung auch einen »Kulturkonflikt« zwischen »westlichen« und »islamischen« Werten heran: Das Idealbild des traditionellen Islam orientiere sich an der »Zeit in Medina vor 1.400 Jahren« und lehne gesellschaftliche Veränderungen wie Individualisierung, aber auch die Modernisierung des Geschlechterverhältnisses, ab. Dazu kommt die Feststellung, dass der Großteil der TäterInnen männlich ist – eine weitere Ursache sei also das muslimische Machogehabe und das konservative Geschlechterverständnis, das zu vermehrter Gewalt bei männlichen Jugendlichen führe, die so versuchten »ihre Ehre zu verteidigen«.

Die Warnung der AutorInnen, soziale Konflikte nicht zu ethnisieren, kann vor dem Hintergrund solcher Aussagen nur als halbherzig gelten werden. So wird am Ende des Artikels dann auch »Deutschenfeindlichkeit« zu einer Form von Rassismus erklärt. Die AutorInnen gehen sogar so weit, jegliche gesellschaftlichen Machtverhält-

nisse einzuebnen, indem sie alles unter dem großen Wort »Hass« subsumieren – Rassismus als individueller, scheinbar grundloser, emotionaler Ausfall: »Es gibt verschiedene Varianten des Rassismus: Inländer, die Ausländer hassen; Ausländer, die Inländer hassen; Inländer, die andere Inländer hassen; Ausländer, die andere Ausländer hassen. Jeder Rassismus muss bekämpft werden.«

Die Fachtagung rief ein breites Medienecho hervor und schließlich meldete sich Bundesfamilienministerin Schröder zu Wort und hob das Phänomen auf die bundesdeutsche politische Bühne: »Da werden deutsche Kinder und Jugendliche dafür angegriffen, weil sie Deutsche sind.« Dies müsse »wie Antisemitismus, Ausländerfeindlichkeit und Islamfeindschaft« mit aller Härte bekämpft werden, »denn auch das ist eine Form von Rassismus«.

Was ist Rassismus?

Was in dieser Debatte als »Deutschenfeindlichkeit« bezeichnet wird, ist mitnichten Rassismus. »So können Angehörige des gesellschaftlich hegemonialen Bevölkerungsteils – in Deutschland also weiße Deutsche – zwar individuelle Ausgrenzungserfahrungen machen, sie sind jedoch keinem strukturellen Rassismus ausgesetzt, der beispielsweise auf dem Arbeits- oder Wohnungsmarkt wirksam ist«². Rassismus ist immer in einen gesamtgesellschaftlichen Kontext rassistischer Machtverteilung zu stellen, es funktioniert nicht, ihn anhand der Zahlenrelationen zwischen Mehr- und Minderheiten auf besagten Schulhöfen umgekehrt entdecken zu wollen.

Und von welchen »Deutschen« wird hier eigentlich geredet? Ohne es benennen zu müssen, ist hier von weißen (nicht-migrantischen und nicht-jüdischen) Deutschen als Opfern die

antifaschistisches pressearchiv und bildungszentrum berlin e.v. (apabiz)

lausitzerstr. 10 | 10999 berlin

geöffnet do von 15 bis 19 uhr und nach absprache

fon | fax: 0 30 . 6 11 62 49

mail@apabiz.de
http://www.apabiz.de

konto-nummer: 332 08 00

blz: 100 205 00

bank für sozialwirtschaft

monitor ist nicht im abo erhältlich, aber fördermitglieder bekommen ihn zugeschickt.

Das apabiz e. V. informiert seit 1991 über die extreme Rechte. Unsere Informationen stehen allen Personen und Initiativen zur Verfügung. Umgekehrt sind wir an Euren Einschätzungen und Erfahrungen interessiert. Gerne vereinbaren wir einen Austausch oder nehmen Euch in unsere Mailingliste auf.

Archiv: Für Recherchen halten wir unser Archiv bereit, das eines der größten dieser Art in der BRD ist. Wir verfügen über rechte Publikationen, Videos, CDs u.a.m. Diese Primärquellen werden ergänzt durch eine Datenbank, in der Presseveröffentlichungen seit Anfang der 90er Jahre erfasst sind, eine umfangreiche Präsenzbibliothek, verschiedene Sondersammlungen sowie antifaschistische Publikationen aus ganz Europa und den USA.

Bildung: Unser ReferentInnen-Katalog (siehe www.apabiz.de) umfasst mehr als 40 Vorträge und Seminare aus diversen Bereichen, für die ReferentInnen bei uns angefordert werden können. Zu bestimmten Themen haben wir ReferentInnen-Koffer erstellt, die die eigenständige Durchführung von Veranstaltungen ermöglichen, oder halten wir Handreichungen bereit.

Publikationen: Ergebnisse unserer Arbeit verwerten wir nicht nur im monitor, sondern auch in Broschüren, Pressemitteilungen, Handreichungen und sonstigen Publikationen. Diese und weitere Materialien findet ihr unter www.apabiz.de.



Flächenbrand

Berlin • Der Verein *argumente* – Netzwerk antirassistischer Bildung, dem auch das *apabiz* angehört, hat mit der Broschüre *Flächenbrand – extrem rechte Strukturen in der Grenzregion von Westerwald, Mittelhessen und Siegerland* erneut eine Publikation zu regionalen Strukturen der extremen Rechten herausgegeben.

Die 40-seitige Broschüre wurde gemeinsam mit dem DGB realisiert und richtet sich unter anderem an Betriebs- und Personalräte sowie Jugend- und AusbildungsvertreterInnen. Die Broschüre bietet Einblicke in die Lebenswelt, Funktionsweise und Dynamik extrem rechter Orientierung. Eine gekürzte Fassung der aktuellen Versteckspiel-Broschüre des ASP e.V., die einen großen Teil der Broschüre einnimmt, zeigt Beispiele aus den Regionen. Die *Flächenbrand* ist gegen eine Schutzgebühr von 4,- Euro erhältlich unter koblentz@dgb.de. ◀

Ein »Kriegsheld« weniger

Düsseldorf • Am 5. November verstarb der 97-jährige HAJO HERRMANN, der als Träger des Ritterkreuzes mit Eichlaub und Schwertern von der gesamten rechten Szene als Weltkriegsheld hofiert wurde. Der ehemalige Flieger hatte bereits mit der »Legion Condor« in Spanien gekämpft.

Nach der Kriegsgefangenschaft war HERRMANN als Rechtsanwalt tätig und verteidigte neben den bekannten Holocaustleugnern DAVID IRVING und FRED A. LEUCHTER auch HANS-ULRICH RUDEL und OTTO-ERNST REMER. In den letzten Jahren war HERRMANN zunehmend auf Veranstaltungen vor allem der NPD als Redner und Ehrengast anzutreffen. Zum Gedenken an ihren juristischen Berater führte am 21. November der Verein GEDÄCHTNISSTÄTTE eine Veranstaltung mit über 100 TeilnehmerInnen aus den verschiedensten extrem rechten Gruppierungen und Parteien in Hattingen (NRW) durch. ◀

Volkstrauertag in Berlin

Berlin • Am 14. November trafen sich wie in den letzten Jahren zum Volkstrauertag auf dem Neuköllner Garnisonsfriedhof VertreterInnen vor allem militäristischer Vereini- ▶

Rede – ihr Weißsein bleibt unmarkiert, sie sind schließlich Mehrheitsdeutsche. Dass tagtäglich Deutsche mit migrantischem Background Opfer von Rassismus sind, geht bei diesem Diskurs nicht nur unter. Mehr noch werden die tatsächlich Betroffenen von Rassismus systematisch unsichtbar gemacht und der nicht-weißen Gruppe der potenziellen »Täter« – egal ob mit oder ohne deutscher Staatsangehörigkeit – wird ein weiteres Mal deutlich gemacht: IHR seid NICHT Deutsche!

Kein luftleerer Raum

Die deutsche Gesellschaft schafft es nach mehr als vierzig Jahren Einwanderungsgeschichte nicht, ihre rassistischen Strukturen zu überwinden. Menschen mit Migrationshintergrund haben geringere Chancen auf dem Arbeitsmarkt, auf dem Wohnungsmarkt, in den Bildungseinrichtungen. Vorstellungen von einem Blut-und-Boden-Deutschland sind weiterhin fest im Großteil der deutschen Mehrheitsgesellschaft verankert

»Vielfach wurden deutsche SchülerInnen auch provozierend gefragt, was sie »hier« wollten, das sei doch nicht ihre Schule«, schreiben Meyer und Posor in ihrem Artikel. Dass das verletzend ist, steht außer Frage. Doch eine angemessene Kontextualisierung macht den Unterschied zwischen Mobbing und Rassismus als Herrschaftsverhältnis deutlich: SchülerInnen mit Migrationshintergrund werden in Deutschland beständig gefragt, was sie denn »hier« wollten, das sei doch nicht ihr Land. Diese Frage ist hier aber keine Provokation sondern sie ist bittere Realität: einen gesicherten Aufenthaltstitel haben die wenigsten, auch wenn sie in Deutschland geboren sind. Im Zweifelsfall droht die Abschiebung.

Den Hebel halten immer noch die weißen Mehrheitsdeutschen in den Händen. Im Mikrokosmos Schule ist das nicht anders: Die meisten der Berliner LehrerInnen haben keinen Migrationshintergrund – das bedeutet, dass die als deutschenfeindlich identifizierten SchülerInnen mehrheitlich von weißen deutschen LehrerInnen gemäßigelt, benotet, diszipliniert werden.

Wie im GEW-Artikel zu Recht thematisiert, befinden sich bildungsferne Jugendliche, ob mit oder ohne Migrationshintergrund, auf dem Abstell-

gleis: Es gibt immer mehr Schulen mit SchülerInnen, die fast ausschließlich aus armen, zerrütteten Familienverhältnissen kommen, weil viele leistungsorientierte Mittelschichtsfamilien ihre Kinder auf Schulen schicken, die im »inoffiziellen Ranking höher stehen«. Dass dies in bestimmten Bezirken mit einem höheren Anteil an MigrantInnen korrespondiert, liegt an dem oben genannten strukturellen Rassismus der deutschen Mehrheitsgesellschaft.

Mobbing durch MitschülerInnen mit Migrationshintergrund aus gut situierten Haushalten wurde bisher nicht gemeldet. Das Problem tritt nur in sozialen Brennpunkten auf und dort auch gegen MitschülerInnen mit Migrationshintergrund, die gute schulische Leistungen bringen. Diese beiden Aspekte verweisen darauf, dass es sich um ein schichtspezifisches Phänomen handelt: Unterschichtsjugendliche pöbeln gegen Jugendliche, die bessere Perspektiven haben – sei es durch ihre schulischen Leistungen oder durch strukturelle Privilegien auf Grund ihres Weißseins.

Die immer wieder ins Feld geführte Feststellung der Männlichkeit der Täter und der Zusammenhang von »Machogehabe« und »Deutschenfeindlichkeit« verschleiert auch, dass konservative Geschlechterbilder nicht nur migrantischen Communities vorbehalten sind. Sexismus und Männlichkeitsgehabe sind in der deutschen Mehrheitsgesellschaft ebenso an der Tagesordnung. Die Debatte ethnisiert Sexismus – was ein allgemein bekannter Mechanismus ist, zu sehen an der Kopftuchdebatte vor einigen Jahren. Er korrespondiert mit der Vorstellung von MigrantInnen als rückständig und primitiv gegenüber den modernen, fortschrittlichen und somit vermeintlich nicht sexistischen weißen Deutschen.³

Die Herkunft des Begriffs aus der extremen Rechten

So neu und bahnbrechend sich die Debatte gibt, ist sie nicht. Der Begriff »Deutschenfeindlichkeit« tauchte schon vorher auf – z.B. im Februar 2008 bei einer Petition an den Bundestag durch die extrem rechte Wählervereinigung BÜRGER IN WUT mit dem Ziel »deutschenfeindliche Äußerungen« als Volksverhetzung ahnden zu lassen. Dies forder-



te auch jüngst die CDU in Baden-Württemberg, Posor und Meyer stimmen dem zu. »Seit Jahren schon warnen nationale Kreise vor einer zunehmenden Deutschenfeindlichkeit und einer Ghettoisierung von Gegenden wie etwa Berlin-Kreuzberg, Berlin-Neukölln, oder Duisburg-Marxloh«, schrieb 2006 die extrem rechte Seite NONKONFORMIST. Die extreme Rechte darf sich heute durchaus als Stichwortgeberin der Debatte fühlen, auch wenn niemand sie dazu hören will.

Das Bild von einer Feindschaft, die sich irrational gegen Deutsche oder »das Deutschtum« richtet, hat Tradition. GUSTAV SICHELSCHMIDT, notorischer Autor zu dem Thema, jammerte schon 1992, dass »Begriffe wie Deutschenhaß, Deutschenhetze, Germanophobie, Teutophobie, Antigermanismus oder Antiteutonismus in unseren gängigen Wörterbüchern überhaupt nicht auftauchen.«⁴ Zurecht, möchte man rufen, denn wie viel irrationale, vorurteilsbeladene Aggression richtet sich schon gegen »die Deutschen«?

GeschichtsrevisionistInnen kolportieren seit Jahrzehnten die Mär des Deutschenhasses als historischem Phänomen: Deutschenfeindlichkeit sei einerseits das Motiv aller anderen (westlichen) Nationen, Deutschland über Jahrhunderte in Kriege getrieben zu haben, Deutschland auch nach 1945 »klein« zu halten, zu gängeln und zu schikanieren. Andererseits beschreibt der Begriff eine, auch »antideutsch« genannte, Haltung von Deutschen gegenüber ihrer »eigenen« Nation, einen masochistischen Selbsthass, den die Jahre der »Umerziehung« und eine »Systempolitik«, die sich »gegen das eigene Volk« richte, hervorgebracht und kultiviert hätten.

Das in der heutigen Debatte mit »Deutschenfeindlichkeit« betitelte Phänomen, also die Anfeindungen und Übergriffe auf weiße Deutsche, ausgeübt durch in Deutschland lebende »Nicht-Deutsche«, wird in der extremen Rechten auch schon einige Jahre »angeprangert«. So führte schon 1991 die Monatszeitschrift NATION UND EUROPA die regelmäßige Rubrik »Neues von der Überfremdungsfrent« bzw. »Aktuelles aus Multikultopia« ein, in der die angeblichen deutschenfeindlichen Übergriffe durch »Ausländer« unter dem Titel »Gewalt gegen Deutsche« aufgelistet wurden.

Bemerkenswert ist in dem GEW-Artikel auch die Verwendung des Bildes, dass MigrantInnen »Deutschland nur als Beutegesellschaft« betrachten würden: Auch dieser Begriff tauchte bisher fast ausschließlich bei NPD oder JN auf⁵, seit der »Deutschenfeindlichkeits«-Debatte hat er dank des GEW-Artikels Einzug in den rassistischen Mainstream-Diskurs gehalten.

Das falsche Problem, die falsche Frage

Die GEW findet, vor Problemen dürfe man sich »nicht wegducken, man müsse sich ihnen stellen«. Die öffentliche Diskussion um »Deutschen-

feindlichkeit« verdeckt jedoch eher Probleme als dass sie welche erhellt. Wegducken können sich alle, die von strukturellem Rassismus profitieren: Weiße Deutsche können sich plötzlich mit den Betroffenen identifizieren. So ist das Geschrei groß und die Welt verkehrt sich in ihr Gegenteil: Weiße Deutsche sind Opfer von Rassismus und Migranten die rassistischen Täter.

Auch wenn marginale Stimmen auf die sozialen Ursachen hinweisen, bleibt vor allem hängen, dass die Ursachen in der »Kultur« der ImmigrantInnen liegen, dem »Machogehabe«, dem Islam, der Rückwärtsgewandtheit. All jene, die außerhalb der »Problembezirke« wohnen, können ein weiteres Mal mit dem Finger auf Kreuzberg-Neukölln zeigen und damit all die Gefahren der Einwanderungsgesellschaft anprangern, die ihre eigenen Privilegien zu bedrohen scheinen. Nicht sie sind die RassistInnen, es sind die anderen.

So ähnlich geschah es auch auf einer mehrheitlich von weißen AntirassistInnen und AntifaschistInnen besuchten Veranstaltung in Neukölln: Die Podiumsveranstaltung »Deutsch mich nicht voll«, die im Rahmen des zweiten »Langen Tags gegen Nazis« in Kreuzberg und Neukölln stattfand, sollte sich mit der rassistischen Mediendebatte um »Deutschenfeindlichkeit« beschäftigen. JugendsozialarbeiterInnen aus Nord-Neukölln berichteten auf dem Podium über die Situation im Kiez. Obwohl der Rassismus der Mehrheitsgesellschaft thematisiert werden sollte, bezogen sich einige der ersten Fragen auf die Rolle von Antisemitismus und Homophobie unter migrantischen Jugendlichen, die dann plötzlich wieder mit ihren »Defiziten« im Fokus standen.

Sich mit dem eigenen Rassismus zu beschäftigen, fällt trotz emanzipatorischem Anspruch schwer. Der Abwehrreflex von Weißen, über ihre eigenen Verwicklungen in rassistische Strukturen zu sprechen, wurde hier – wie auch in der gesamten Mediendebatte um »Deutschenfeindlichkeit« – klar. Doch der Fokus muss auf den gesellschaftlichen Machtverhältnissen liegen: Der politische Skandal ist nicht das Mobbing an einigen Brennpunktschulen gegen »deutsche« SchülerInnen, es ist die rassistische Stoßrichtung, mit der die deutsche Gesellschaft erneut, und größtenteils erfolgreich, Ausgrenzung legitimiert.

Eike Sanders und Rona Torenz

- 1) Posor, Andrea und Meyer, Christian: Deutschenfeindlichkeit an Schulen, blz Nr. 11/2009, www.gew-berlin.de/blz/19635.htm, zuletzt am 08.12.2010
- 2) Shooman, Yasemin: »Deutschenfeindlichkeit« - Was soll das sein?, <http://www.mut-gegen-rechte-gewalt.de/debatte/kommentare/deutschenfeindlichkeit-4956/>
- 3) siehe dazu auch: Jäger, Margret: Fatale Effekte. Die Kritik am Patriarchat im Einwanderungsdiskurs, DISS 1996
- 4) Sichel Schmidt, Gustav: Der ewige Deutschenhaß. Hintermänner und Nutznießer des Antigermanismus, Kiel: Arndt-Verlag 1992, S. 7.
- 5) Klaus-Jürgen Menzel: Die »Beutegesellschaft« muß sich wehren – oder untergehen (31.01.2008) auf de.altermedia.info, zuletzt am 20.11.2010; JN-Sachsen Anhalt: Enrico Mueller: »Bandenkrieg? Drogenkrieg!«, zuletzt am 29.11.2010



gungen. Mit knapp 50 Personen war die Veranstaltung deutlich geringer besucht als in der Vergangenheit. Im Gegensatz zu den Vorjahren waren auch weder VertreterInnen der NPD, der DVU oder anderer extrem rechter Organisationen vor Ort. Vor allem Traditionskameradschaften, Lands-



mannschaften der Vertriebenen sowie militaristische Vereinigungen wie der STAHLHELM haben sich zu einer gemeinsamen Feierstunde zusammengefunden, um dann jeweils eigene Zusammenkünfte an den verschiedenen Gedenksteinen des Friedhofs durchzuführen. Zu einer Gegenkundgebung, die von lokalen antifaschistischen Gruppen organisiert wurde, fanden sich ca. 50 AntifaschistInnen ein.

Neonazistische Strukturen führten konspirative Gedenkveranstaltungen rund um den Volkstrauertag u.a. in Hohenschönhausen und im brandenburgischen Halbe durch, an denen sich bis zu 40 Personen beteiligten. ◀

Brandanschlag in Berlin-Kreuzberg

Berlin • In der Nacht zum 27. Oktober 2010 wurde ein Brandanschlag auf den linksradikalen Infoladen M99 in Berlin-Kreuzberg verübt. Allein dank der schnellen Löschmaßnahmen von AnwohnerInnen konnte ein Übergreifen der Flammen auf die darüber liegenden Wohnungen verhindert werden. Es liegt nahe, dass es sich bei den TäterInnen um Neonazis handelt. In der selben Nacht wurden das in unmittelbarer Nähe befindliche antifaschistische Bekleidungsgeschäft Red Stuff sowie die Wohnung einer antifaschistischen Person in Neukölln mit Nazi-Parolen beschmiert. Die Angriffe reihen sich ein in eine lange Liste neonazistischer Angriffe auf linke Einrichtungen und Wohnungen in den vergangenen ein bis zwei Jahren. Noch am Abend des 27. Oktober 2010 gab es in Kreuzberg eine Spontandemon- ▶



stration, an der sich ca. 300 AntifaschistInnen beteiligten. An einer weiteren Demonstration am 2. November 2010 nahmen nochmals etwa 1000 Personen teil. ◀

Kundgebung von DIE FREIHEIT

Berlin-Dahlem • Die Anfang September in Berlin gegründete islamfeindliche Partei DIE FREIHEIT hat ihre erste Kundgebung durchgeführt und ihre ersten internen Probleme. Nur rund 30 Personen folgten am 30. November einem Aufruf, vor der Iranischen Botschaft zu demonstrieren. Offizieller Anlass für die Kundgebung war die bevorstehende Hinrichtung von Sakineh Mohammadi Ashtiani im Iran. Das patriarchale antisemitische Mullah-Regime verurteilte die Frau in einem nicht rechtsstaatlichen Verfahren zum Tod aufgrund eines angeblichen Ehebruchs und Beihilfe zur Ermordung ihres Ehemanns. Da die Technik versagte, sprach Parteichef RENÉ STADTKEWITZ nur wenige Worte – ohne Mikrofon, bevor er das Rednerpult verließ. »Wir werden das Licht aber noch ein bisschen anlassen, damit die Leute nicht den Eindruck haben wir sind hier ganz schnell wieder verschwunden«, so

STADTKEWITZ.

Unter den Anwesenden waren neben den Parteigründern STEFAN »AARON« KOENIG und MARC DOLL auch das ehemalige PRO DEUTSCHLAND-Mitglied EHSSAN KHAZAEI sowie einzelne AnhängerInnen der POLITICALLY INCORRECT-Gruppe Berlin. Nach seinem Austritt aus der Pro-Bewegung wirkt KHAZAEI nun am Aufbau der »GENERATION ZUKUNFT« – so der Name der Freiheit-Jugendorganisation – mit. KHAZAEI steht hierfür

DUSTIN STADTKEWITZ zur Seite.

Auf der Pressekonferenz zur Parteigründung am 10. September hatte RENÉ STADTKEWITZ laut Nachrichtenagentur ddp noch erklärt, dass »jeder Bewerber [...] bei seiner Aufnahme erklären (müsse), mit keiner extremistischen Organisation in Kontakt zu stehen oder dort Mitglied gewesen zu sein.« Dazu zählte bisher auch die

PRO-BEWEGUNG. ◀

Treffen der europäischen Islamfeinde

Amsterdam/Berlin • Zu einer »Demonstration für die Meinungsfreiheit und gegen die Scharia in Europa«, angekündigt durch die ▶

Parteienfusion ohne Effekte

Bericht ➔ Aus NPD und DVU wird NPD. DIE VOLKSUNION

Seit Mitte dieses Jahres steht es offiziell fest - die beiden größten und ältesten neonazistischen Parteien Deutschlands NPD und DVU wollen fusionieren. Die praktischen Auswirkungen der »Verschmelzung« dürften wohl überschaubar bleiben und die Zeit wird knapp. Zu den Landtagswahlen des nächsten Jahres will man gemeinsam antreten.

»Die Einheit der Nationalen ist ein alter Traum in Deutschland und wurde nie verwirklicht. Seit dem Bamberger Parteitag arbeiten wir daran einen Schritt weiter zu kommen und wenigstens die beiden ältesten und größten nationalen Parteien in Deutschland NPD und DVU miteinander zu verschmelzen.« UDO VOIGT, Vorsitzender der NATIONALDEMOKRATISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (NPD), legte mit den Vorstandsmitgliedern seiner Partei auf einem Treffen am ersten Juniwochenende dieses Jahres in Bamberg den Grundstein für die geplante Fusion mit der DEUTSCHEN VOLKSUNION (DVU). Nachdem sich auch der DVU-Vorstand formal für die »Verschmelzung« ausgesprochen hatte, wurden Mitgliederbefragungen durchgeführt. Knapp 2000 der 7000 NPD-Mitglieder beteiligten sich an der Abstimmung und sprachen sich mit 92,47 % für die Fusion aus, sofern der »NPD daraus keine neuen Schulden entstehen«. Bei der DVU nahmen 1072 von geschätzten 4000 Mitgliedern ihr Stimmrecht wahr, davon votierten 90,95 % für den Zusammenschluss.

Die beiden Neonazi-Parteien haben sich einen engen Zeitplan gesetzt – ab Anfang 2011 soll es nur noch eine Partei mit dem Namen NPD DIE VOLKSUNION geben. Mit Blick auf mehrere Landtags- und Kommunalwahlen im kommenden Jahr möchten die rechten Strategen sich wohl den Rücken freihalten. Doch die Zeit wird knapp. Während die Delegierten der NPD auf einem außerordentlichen Bundesparteitag im November deutlich für die Fusion stimmten, verschob die DVU ihren Parteitag auf Mitte Dezember. Im Anschluss müssen beide Parteien noch eine schriftliche Urabstimmung unter den Mitgliedern durchführen.

Zerreißprobe für die DVU

Nicht nur die Urabstimmung, auch der kommende Parteitag der DVU unter dem Vorsitzenden MATTHIAS FAUST könnte für die Partei zur endgültigen Zerreißprobe werden. FAUST, der die Fusion mit Nachdruck vorantreibt, ist vielen DVU-FunktionärInnen ein Dorn im Auge. Die Landesvorsitzenden aus Berlin, Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen hatten einem Zusammenschluss mit der NPD bereits im Vorfeld des Parteitags eine Absage erteilt. Schon seit Monaten liefern sich Funktionäre – zum Teil – juristische Auseinandersetzungen und öffentliche Schlammschlachten. Mit FAUST, INGMAR KNOP und



NPD-Chef Udo Voigt (li.) und DVU-Vorsitzender Matthias Faust wollen die Fusion. (c) Kai Budler

HEINER HÖVING haben gleich drei Funktionäre der DVU schon Nägel mit Köpfen gemacht und sich lange vor einer Parteitagsentscheidung und der Urabstimmung in den Bundesvorstand der NPD wählen lassen.

Auch viele parteifreie Neonazis halten nichts von einer Fusion. So ist für die MacherInnen des größten neonazistischen Weblogs ALTERMEDIA klar, dass die »DVU längst kein vollwertiger Bündnispartner mehr ist, sondern nur noch eine politisch scheinbare Vereinigung deren Übernahme als Ganzes für die NPD einer Selbstimpfung mit Tuberkelbazillen gleichkommen würde.« Vorsichtigen Schätzungen zufolge wird wohl nur jedes vierte Mitglied der DVU in der NPD verbleiben, also nur knapp 1000 Personen.

Gegen einen Zusammenschluss sprachen aus Sicht der NPD Verbindlichkeiten in Höhe von knapp einer Million Euro, welche die DVU gegenüber ihrem ehemaligen Vorsitzenden und Altnazi DR. GERHARD FREY noch vor wenigen Wochen zu tilgen hatte. Im von den Berliner Rechtsanwälten DR. MARTIN WORMIT und CARSTEN SCHRANK ausgearbeiteten »Verschmelzungsvertrag« heißt es nun, dass Frey »auf diese Forderungen verzichtet, so dass Zahlungsansprüche gegenüber der DVU aus diesen Rechtsgründen unwiderruflich erloschen sind.«

Symbolcharakter für Berlin

In Berlin sind die NPD und die DVU in der Öffentlichkeit kaum wahrnehmbar. Trotz eines Machtwechsels im Februar dieses Jahres innerhalb des NPD-Landesverbands konnte die neonazistische Partei keine nennenswerten Aktivitäten entfalten. Man beschränkt sich fast ausschließlich auf nicht öffentlich beworbene Treffen. Wäh-



rend in anderen Bundesländern bei Kundgebungen mit Rechtsrock-Bands mehrere Hundert AnhängerInnen mobilisiert werden können, kamen im September zu einer Veranstaltung in Berlin-Schöneeweide kaum 200 Personen zusammen. Viele davon reisten extra aus anderen Bundesländern an.

Auch die DVU beschränkt sich seit Monaten auf zwei regelmäßige Stammtische und schafft es nicht eigene wahrnehmbare Akzente zu setzen. Hinzu kommen offenbar Streitigkeiten zwischen DVU-Landeschef TORSTEN MEYER und dem NPD-Mann UWE MEENEN. Am Rande einer Veranstaltung der DEUTSCHLAND-BEWEGUNG im November kam es zu einem Wortgefecht zwischen den beiden, das erst durch Eingreifen der Moderation beendet worden sein soll.

MEYER und die anderen Vorstandsmitglieder der DVU lehnten auch ihre Teilnahme am letzten Landesparteitag der NPD ab, auf dem die Landesliste zu den Abgeordnetenhauswahlen 2011 gewählt wurde. Nach eigenen Angaben wurde ihm »mehrfach« eine Nominierung angeboten, was er aber »unter den gegebenen Voraussetzungen abgelehnt« habe. »Ausschlaggebend dafür waren für mich vor allem die Modalitäten der sogenannten Verschmelzung und einige politische Zielstellungen von Teilen dieser Partei, die nicht mit denen der DVU kompatibel sind« so MEYER.

Damit wird nach aktuellem Stand trotz laufender Fusionsgespräche kein einziges Mitglied der Berliner DVU im kommenden Jahr für die NPD kandidieren. MEYER geht sogar noch einen Schritt weiter und erklärte: »Sollte eine »Verschmelzung« beider Parteien stattfinden, so wird der Berliner Landesvorstand geschlossen den Schritt in die NPD nicht vollziehen.« Mehr als einen symbolischen Charakter hätte die Fusion in der Hauptstadt ohnehin nicht. Die NPD könnte vermutlich



Neue politische Partner? Uwe Meenen (li.), Chef der Berliner NPD, und Hans-Ulrich Pieper (re.).

ihre Mitgliederzahl von derzeit knapp 300 auf 500 vergrößern, wobei sich aufgrund des Alters und der Inaktivität der DVU-Mitglieder der Aktionsradius der Neonazis nicht vergrößern würde.

Sollte der Landesvorstand der DVU tatsächlich nicht für die NPD zur Verfügung stehen, könnte sich die Bedeutung der NPD in der Hauptstadt noch weiter verringern. Dann wird auch die Wahl von HANS-ULRICH PIEPER auf Listenplatz 2 bedeutungslos bleiben. Die Nominierung des Unternehmensberaters und Organizers der DIENSTAGSGESPRÄCHE gilt BeobachterInnen als Anhaltspunkt für den Versuch der neonazistischen Partei sich rechtskonservativen Strömungen zu öffnen. Der steigende Einfluss rechtspopulistischer und islamfeindlicher Gruppen und Parteien in Deutschland wird die neue alte Partei voraussichtlich zusätzlich Wählerstimmen kosten. Eines ist jedoch klar: mit Hilfe des DVU-Chefs FAUST hat sich die NPD ihres ältesten Konkurrenten auf elegante Weise entledigt.

Maik Baumgärtner

bildung en detail Rechte Lebenswelten in den Subkulturen Subkulturelle Farbenlehre: Die Grauzone

Immerhin: »Gegen Nazis« sind viele, die sich in Subkulturen oder in der Populärkultur bewegen – Frei.wild-Fans auf der Fußball-Fanmeile oder auch OI-AnhängerInnen, die Politik sowieso ablehnen. Doch jenseits der White-Power-Rockmusik etablieren sich rechte Lebenswelten, für die die Kategorie »Nazis« genauso wenig zutrifft wie das Label »unpolitisch«. Sie sind irgendwo dazwischen, in der Grauzone.

Diese Grauzone reicht weit hinein in »alternative« Szenen und bedeutet einen zunehmenden Raumverlust für linke, emanzipatorische Ideen. Die Veranstaltung wird den folgenden Fragen nachgehen:

Wo beginnt die Grauzone, wo hört sie auf? Wieso erlebt sie heute Dynamik? Und was sind

eigentliche »rechte Lebenswelten«? Entsprechende Strömungen im Punk, OI, Hardcore, Metal und Hip-Hop sind ebenso Thema wie die Popkultur von Böhse Onkelz und Frei.wild.

Zum Einen wird anhand von Beispielen aufgezeigt, wie eng KünstlerInnen aus der Grauzone mit extrem rechten Milieus verwoben sind. Zum Anderen gibt es unappetitliche Einblicke in reaktionäre Männerwelten, spießbürgerliche Sehnsüchte und konservative Wertvorstellungen, die in Bildzeitungs-Leserbriefen und an Stammtischen wahrlich besser aufgehoben wären als in links codierten Szenen.

Der Referent vom *apabiz* in Berlin ist alter Punkrocker und bietet eine differenzierte, aber bestimmt keine objektive Sicht der Dinge.

EUROPEAN FREEDOM INITIATIVE, fanden sich am 25. September in Amsterdam nur wenige AnhängerInnen europäischer Anti-Islam-Bewegungen ein. Im Bunde der extrem Rechten dabei: die islamfeindliche BÜRGERBEWEGUNG PAX EUROPA (BPE). Die BPE rief nicht nur zur Teilnahme an der Veranstaltung auf, mit der derzeit wegen Volksverhetzung angeklagten österreichischen BPE-Delegierten ELISABETH SABADITSCH-WOLFF trat auch eines ihrer bekanntesten Mitglieder als Rednerin auf, während eine andere Frau mit einer Fahne der BPE vor der anwesenden Presse posierte.

Mit SABADITSCH-WOLFF, dem deutschen Journalisten MICHAEL MANNHEIMER, ALAIN WAGNER aus Frankreich und BERT JANSEN aus Holland waren gleich vier RednerInnen in Amsterdam vertreten, die bereits am 3. Oktober auf einer Kundgebung der Bürgerbewegung in Berlin auftraten.

Während sich RENÉ STADTKEWITZ in der Öffentlichkeit immer wieder von extremistischen Personen und Parteien distanziert, ist die BPE in ein europäisches Netzwerk antimuslimischer und rassistischer Gruppen eingebettet. ◀

Jörg Hähnel verurteilt

Berlin • Der ehemalige Landesvorsitzende der Berliner NPD, JÖRG HÄHNEL, ist am 2. Dezember zu zehn Monaten auf Bewährung und einer Geldstrafe von 2000 Euro wegen Volksverhetzung verurteilt worden. Hintergrund war die Veröffentlichung eines »Plans zur Ausländerrückführung« im Internet sowie die Zusendung des Schreibens an LokalpolitikerInnen aller Parteien im Spätsommer 2009.

In dem Schreiben informierte ein »Ausländerrückführungsbeauftragter« die PolitikerInnen mit Migrationshintergrund über einen »Fünf-Punkte-Plan« zur Rückkehr in die »Heimatländer«. Bei einer Hausdurchsuchung in der Bundeszentrale der NPD in Berlin-Köpenick waren zahlreiche für HÄHNEL belastende Materialien gefunden worden. Vor Gericht wurde Hähnel von Szene-Anwalt WOLFRAM NAHRATH vertreten. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig. ◀

Leipziger Zustände 2010 erschienen

Leipzig • Die aktuelle Ausgabe der Broschüre »Leipziger Zustände« ▶



ist ab sofort an verschiedenen Stellen in Leipzig kostenlos erhältlich und kann auf u.g. Webseite heruntergeladen werden. Mit der Broschüre soll auf Diskriminierung und Neonazismus im Leipziger Alltag aufmerksam gemacht werden. Im Heft werden auf 64 Seiten Phänomene wie Abwertung, Ausgrenzung, Entrechtung und Gewalt dokumentiert und analysiert.

»Wir wollen all diese Phänomene sichtbar machen und damit den Menschen eine Stimme geben, die darunter leiden«, sagt Jens Frohburg, Pressesprecher vom Herausgeber chronik. LE. Die Beiträge in der ehrenamtlich zusammengestellten Broschüre greifen unter anderem den verbreiteten Alltagsrassismus, Vorurteile gegen sozial schlechter Gestellte und Benachteiligungen körperlich eingeschränkter Menschen auf. Ein Schwerpunkt ist auch die in Leipzig und dem Umland sehr aktive Neonazi-Szene.

Download unter:

http://www.chronikle.org/files/Leipziger_Zustaende_2010.pdf ◀

Völkisches Kinderprogramm in Berliner Schulturnhalle

Berlin-Weißensee • Am 13. November fand zum wiederholten Male in einer Schulturnhalle in Berlin-Weißensee das Kinderturnen der GEMEINSCHAFT DEUTSCHER FRAUEN (GdF) statt. Am frühen Samstag-Nachmittag kamen mehrere Frauen und Männer aus dem Umfeld der GdF mit ihren Kindern in die Turnhalle in der Meyerbeerstraße. Die GdF nutzt das Objekt nach Informationen des Blogs »berlin rechtsaußen« bereits über ein Jahr unregelmäßig. Die GdF, älteste neonazistische Frauenorganisation in Deutschland, organisiert in Berlin und Brandenburg auch Schulungen, ein regelmäßiges »Mütterfrühstück«, Tanzfeste und Ausflüge in die Region. Zuletzt nahmen ihre Anhängerinnen in Pankow an einem völkischen Tanzfest des TANZKREIS SPREE-ATHEN im September teil. Bekannteste Berliner Mitglieder sind die Neonazistinnen MICHAELA ZANKER und STELLA HÄHNEL. Während HÄHNEL als Beisitzerin im Bundesvorstand des RING NATIONALER FRAUEN aktiv ist, mischt Zanker seit Jahren in der Berliner NPD mit. So sprang der RNF der aufgefliegenen GdF zur Seite und verurteilte auf seiner Homepage die »Kriminalisierung nationaler Menschen« durch die »Gralshüter der politisch korrekten Gesellschaft«. ◀

Grabenkämpfe

Bericht ➔ Die Debatte um die Anti-Extremismus-Klausel

Das Alternative Kultur- und Bildungszentrum Pirna (AKuBiZ) verweigerte am 9. November 2010 kurzfristig die Annahme des mit 10.000 Euro dotierten Sächsischen Demokratiepreises. Dieser Schritt rief ein großes Medienecho hervor und brachte damit eine längst überfällige Debatte über den Umgang mit der »Anti-Extremismus-Klausel« ins Rollen.

Das AKuBiZ protestiert mit seiner Absage dagegen, eine Anti-Extremismus-Erklärung unterschreiben zu müssen, die das sächsische Innenministerium von allen Nominierten verlangt hatte. In dieser Erklärung wurde neben einem Bekenntnis zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland auch verlangt, dass die PreisträgerInnen »auf eigene Verantwortung dafür Sorge zu tragen« hätten, dass sich ihre KooperationspartnerInnen ebenfalls dem Grundgesetz verpflichten. Zudem solle »keinesfalls der Anschein erweckt werden (...), dass eine Unterstützung extremistischer Strukturen durch die Gewährung materieller oder immaterieller Leistungen Vorschub geleistet« werde. Im Klartext heißt das, dass die Initiativen das Preisgeld wieder zurückzahlen müssten, sollten sie, beispielsweise durch gemeinsame Bündnisse oder eine Verlinkung auf ihrer Homepage, vermeintliche »extremistische« Strukturen unterstützen. Obwohl nicht genau benannt, ist davon auszugehen, dass es sich bei den zu prüfenden PartnerInnen um potentielle »Linksextremisten« handelt. Darunter zählen nach Definition des Verfassungsschutzes (VS) auch viele AntifaschistInnen. Sie galten schon immer als nicht steuerbar und zu unbequem, um selbst finanzielle Unterstützung zu bekommen. Ihre Kompetenz wurde aber immer gerne über die Hintertür genutzt.

Das Ende der Gegenkultur

Für den Sprecher der sächsischen Landesregierung sind solche Anti-Extremismus-Erklärungen »Leitplanken der Demokratie« und sollen Sorge dafür tragen, »weder nach rechts noch nach links vom Weg abzukommen«. Bemerkenswert: nicht nur, dass Initiativen gegen Rechts durch gegenseitiges Bespitzeln primäre Aufgaben des Verfassungsschutzes übernehmen sollen, sie sollen auch noch zusichern, das zu unterlassen, wofür der VS selbst regelmäßig in der Kritik steht: durch V-Leute, u.a. in der NPD, wurden regelmäßig direkt und indirekt neonazistische Strukturen materiell oder immateriell unterstützt.

Die Unterzeichnung der Extremismus-Klausel soll ab dem kommenden Jahr bundesweit Voraussetzung für eine finanzielle Förderung durch die »Extremismusbekämpfungsprogramme« des Bundes werden. Dieser Schritt wirft uns weit in die Neunziger zurück und hat nichts mehr mit dem

gemein, was bei der Entstehung der Bundesprogramme 2001 noch Konsens war: die Verortung rassistischer und extrem rechter Einstellungen in der Mitte der Gesellschaft, und das Ziel, mit Hilfe der Zivilgesellschaft in die Zivilgesellschaft zu wirken. Die neue Zielrichtung zeichnet ein Bild von einer demokratischen, sauberen Mitte, die von den Extremisten am Rand beschützt werden muss.

Und die Beschützer sind staatliche Akteure: VS, Polizei und vielleicht irgendwann verbeamtete Kriseninterventionsteams, die sich um das kümmern, was sich jenseits der »demokratischen Leitplanken« so in den Straßengraben findet: die Opfer extrem rechter Gewalt und antifaschistische »Nestbeschmutzer«, die auf Missstände aufmerksam machen, ebenso wie verirrte Jugendliche, die mit Hilfe von Aussteigerprogrammen wieder in die demokratische Mitte geholt werden müssen. Damit ist endgültig die Chance vertan, die die Bundesprogramme hatten, nämlich diejenigen Kräfte, die sich vor Ort für die Stärkung einer demokratischen Gegenkultur einsetzen, mit Geld und Kompetenz auszustatten. Und dazu gehören eben auch AntifaschistInnen.

Eindeutigere Grenzen werden gezogen

Doch es regt sich Widerstand. Die Liste derer, die sich mit dem AKuBiZ solidarisch erklären ist lang. Es gibt bereits eine Online-Petition gegen den Bekenntniszwang (mehr Infos: <http://ablehnung.blogspot.de>) und selbst die Amadeu-Antonio-Stiftung, die sich als eine der InitiatorInnen des Demokratiepreises nach dem Eklat bei der missglückten Verleihung kurzzeitig auf der falschen Seite wiederfand, sprang mit Hilfe einer großzügigen Spende schnell noch auf die Seite der Protestierenden.

Denn eines macht die Debatte um die Ausrichtung der Bundesprogramme deutlich: Die Gräben werden wieder vertieft, die Fronten eindeutiger. Wer im kommenden Jahr Gelder aus den Bundesprogrammen beantragen will, der muss entscheiden, ob er auf der richtigen Seite steht oder sich den Sachzwängen beugt. Die VerliererInnen stehen jetzt schon fest: die Opfer rassistischer und rechter Gewalt sowie all diejenigen, die sich einer Mehrheitsgesellschaft entgegenstellen, die in hohem Maße rassistische, antisemitische und extrem rechte Einstellungen aufweist.

Kathrin Klever



Mitten in der Mitte

Hintergrund ➔ Neue Studie über extrem rechte Einstellungen erschienen

Eine neue Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung belegt: Extrem rechte Potenziale in der Bevölkerung sind von stabiler Größe und überall in der Gesellschaft zu finden. Die Islamfeindlichkeit ist erschreckend hoch, das Eintreten für Religionsfreiheit ist offenbar eine Minderheitenposition.

Genau 8.2 Prozent aller Deutschen haben ein geschlossenes, extrem rechtes Weltbild. Zu diesem Ergebnis kommt die Studie »Die Mitte in der Krise«, welche im Oktober in Berlin vorgestellt wurde. Das ForscherInnen-Team um Oliver Decker und Elmar Brähler hatte im April 2010 (also vor der Sarrazin-debatte) im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung dafür 2400 Personen bundesweit befragt. Im Ostteil sind geschlossene extrem rechte Weltbilder weiter verbreitet (10.5 Prozent) als im Westen (7.6 Prozent).

Die Zustimmungswerte zu den sechs Einstellungsdimensionen, die nach Auffassung der Studie Rechtsextremismus ausmachen, sind folgendermaßen verteilt: 5.1 Prozent der Befragten befürworten eine rechtsgerichtete Diktatur; 19.3 Prozent denken chauvinistisch (gemeint ist ein aggressiver Nationalismus); 24.7 Prozent sind »ausländerfeindlich«; 8.7 Prozent antisemitisch; 3.9 Prozent sozialdarwinistisch und 3.3 Prozent verharmlosen oder verherrlichen den Nationalsozialismus.

Vergleich über die Jahre

Bereits seit 2002 werden zweijährlich ähnliche Untersuchungen durchgeführt, so dass Zeitvergleiche möglich sind. Es zeigt sich: Die Potenziale sind ungefähr stabil geblieben. Ein geschlossenes extrem rechtes Weltbild hatten 2004 9.8 Prozent der Deutschen, der Wert fiel bis 2008 auf 7.6, um nunmehr auf die bereits genannten 8.2 Prozent anzuwachsen.

In der aktuellen Studie wurde auch Islamfeindlichkeit erhoben. Das Eintreten für Religionsfreiheit ist in Deutschland anscheinend eine Minderheitenposition: 58.4 Prozent stimmten der Aussage zu »Für Muslime in Deutschland sollte die Religionsfreiheit erheblich eingeschränkt werden«. Im Osten, wo kaum Muslime leben, lag die Zustimmung gar bei 75.7 Prozent.

Alle Schichten betroffen

Wer denkt extrem rechts? Einmal mehr hat die Studie belegt, dass es sich beileibe um kein Randphänomen handelt, sondern in sämtlichen gesellschaftlichen Gruppen in relevanter Größe vorkommt. Gleichwohl wurde ein Alters- und ein Bildungseffekt festgestellt: Ältere Leute denken eher extrem rechts als jüngere. Und: Bei niedrigem Bildungsniveau ist eine rechtsextreme Ein-

stellung wahrscheinlicher. Zwischen Frauen und Männern ist extrem rechtes Denken laut der Studie kaum mehr unterschiedlich stark ausgeprägt.

Unter den AnhängerInnen aller politischer Parteien sind zumindest Versatzstücke rechtsextremen Denkens zu finden. Die Unionsparteien und die SPD liegen mit je rund 20 Prozent Zustimmung zu »Chauvinismus« und je etwa 24 Prozent Zustimmung zur »Ausländerfeindlichkeit« gleich auf an der Spitze. (Primärer) Antisemitismus ließ sich bei den etablierten Parteien am meisten in der CDU finden (11.7 Prozent), am wenigsten bei den Grünen (1.9 Prozent) und der Linkspartei (2.9 Prozent).

Das leichte, aber spürbare Anwachsen rechtsextremen Denkens seit 2008 bis heute wird in der Studie unter anderem auf den Einfluss der Weltwirtschaftskrise zurückgeführt. Die reale oder eingebildete Bedrohung eines wirtschaftlichen Abstiegs sei ein wichtiger Faktor, der rechtes Denken begünstige. Besonders »Chauvinismus« und »Ausländerfeindlichkeit« seien ideologische Mechanismen, die zur Selbstaufwertung und Fremdabwertung taugen würden.

Christoph Schulze

Oliver Decker, Marliese Weißmann, Johannes Kiess, Elmar Brähler: »Die Mitte in der Krise. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2010«, Berlin 2010. Online gratis abrufbar unter www.fes-gegen-rechtsextremismus.de.

Das Info-Paket vom apabiz e.v.



Nicht nur für Vereine und Institutionen, sondern für alle, die in den Genuss des gesamten Service des apabiz e.v. kommen möchten, gibt es jetzt unser Info-Paket in den Größen S, M und L:

- je 3/10/20 Exemplare des monitor pro Ausgabe
- den ReferentInnen-Katalog inklusive Updates
- zwei Exemplare aller neuen Publikationen des apabiz e.v. (Broschüren, Handreichungen etc.)
- Sonderkonditionen bei Nachbestellungen und Recherche-Anfragen

gibt es für 70 Euro / 100 Euro / 130 Euro im Jahr!

Elsässers Politmagazin COMPACT stellt sich vor

Berlin-Schmargendorf • Am 6. Dezember 2010 fand in Berlin-Schmargendorf anlässlich des Erscheinens der Erstausgabe der neurechten Zeitschrift COMPACT eine Podiumsveranstaltung zum Titelthema »Sarrazin – Der neue Bundeskanzler? Was eine neue Volkspartei erreichen kann« statt. Etwa 120 Personen waren der Einladung gefolgt. Auf dem Podium saßen neben dem ehemals linken Journalisten und jetzigen COMPACT-Chefredakteur, JÜRGEN ELSÄSSER, der Herausgeber der neurechten Wochenzeitung JUNGE FREIHEIT, DIETER STEIN, der Verschwörungstheoretiker und Chef der PARTEI DER VERNUNFT (PDV), OLIVER JANICH (siehe Foto), die rechte



Rapperin MIA HERM alias DEE EX, sowie der Chefredakteur der Islamischen Zeitung, Sulaiman Wilms. Durch letzteren, der sich als Moslem, LINKE- und Attac-Mitglied positionierte, sollte der Anschein einer vermeintlich »plural und kontrovers zusammengesetzt[en]« Veranstaltung erweckt werden. Allerdings war Wilms vielmehr alleine in der Position, den teils aggressiven antimuslimischen Rassismen, völkisch-nationalistischen Tönen und Verschwörungstheorien der Anderen zu widersprechen. Dem größtenteils gutsituierten, rechts-konservativen und von irrationaler Überfremdungsangst geprägten Publikum dürfte es gefallen haben. Dem ebenfalls anwesenden Vorsitzenden der Berliner NPD, UWE MEENEN, und seinen Begleitern sowie den Personen aus dem Spektrum der Reichsbürger wird es hingegen über weite Strecken zu moderat gewesen sein. ◀



Abonnieren...

...kann man den ~~monitor~~ nicht. Aber wer Fördermitglied des apabiz e.v. wird, der bekommt ihn kostenlos zugeschickt! Spenden und vor allem ein fester Kreis von Fördermitgliedern sind für unsere Arbeit unersetzbar. Sie sichern den Erhalt unseres Projektes unabhängig von öffentlichen Geldern und damit unabhängig von gesellschaftlichen Stimmungen. Die Spenden sind steuerlich absetzbar.

► Fördermitglied werden

Ihr spendet uns einen festen monatlichen Betrag, den wir von Eurem Konto abbuchen. Alternativ ist auch die Einrichtung eines Dauerauftrages möglich. Dafür erhaltet Ihr diesen Rundbrief mit unserer internen Beilage, werdet mit Informationen versorgt und bekommt einen Kaffee, wenn Ihr vorbeikommt.

► Spenden

Ihr überweist einfach einmalig oder per Dauerauftrag auf unser Konto (s. S. 1). Für die Ausstellung einer Spendenbescheinigung müsst Ihr uns allerdings noch Eure Daten zukommen lassen. Auch Sachspenden sind willkommen.

► Fördermitgliedschaft

Hiermit erteile ich dem *apabiz e.V.* eine Einzugsermächtigung über monatlich _____ Euro (mind. 5 Euro).

► Dauerauftrag/Einmalige Spende

Ich habe zur Unterstützung Eurer Arbeit

- einen Dauerauftrag eingerichtet.
 einmalig _____ Euro überwiesen.

Kontonummer: _____

Bank und BLZ: _____

Name/Organisation: _____

Adresse: _____

e-mail: _____

Unterschrift: _____

- Spendenbescheinigung erwünscht (Fördermitglieder und Dauerspenden erhalten diese einmal jährlich)

Neu im Archiv

eingegangen und ab sofort verfügbar sind. Darüber hinaus werden wir auf bestimmte Sachgebiete hinweisen, zu denen Ihr Sammlungen bei uns finden könnt. Danke an die Verlage.



(c) www.dietlb.de

• *Deutsches Historisches Museum, »Hitler und die Deutschen – Volksgemeinschaft und Verbrechen«, Begleitmaterial zur Ausstellung, Berlin 2010.*

Noch bis zum 6. März zeigt das Deutsche Historische Museum (DHM) in Berlin die erste Ausstellung, in der Adolf Hitler im Mittelpunkt steht. Doch gleichwertig wird die »Deutsche Volksgemeinschaft« im Nationalsozialismus gegenübergestellt und analysiert. Anhand zahlreicher Exponate wird das Wechselspiel in den einzelnen historischen Phasen des NS dargestellt. Leider wird der wichtige Aspekt der Hitler-Rezeption nach 1945 nur sehr knapp thematisiert. In dem Ausstellungskatalog werden die wichtigsten Exponate wiedergegeben und auch eine Reihe von Aufsätzen von WissenschaftlerInnen veröffentlicht. Neben dem Katalog veröffentlichte das DHM eine übersichtliche Broschüre mit den wesentlichsten Inhalten der Ausstellung sowie weiteren Materialien zur Vertiefung. Zielgruppe sind vor allem MultiplikatorInnen aus dem pädagogischen Bereich. Das *apabiz* hat gemeinsam mit der *Mobilien Beratung gegen Rechtsextremismus (MBR)* ein kurzes Interview zum Thema Extreme Rechte und Gegenmaßnahmen beigesteuert.

• *Appelfeld, Aharon: »Katerina«. Rowohlt Berlin, 2010.*

Nach dem Tod der Mutter verlässt die junge Ukrainerin Katerina ihren gewalttätigen Stiefvater und das Dorf um in der Stadt Arbeit zu suchen. Trotz ihrer tief verwurzelten antisemitischen Vorurteile geht sie bei einer jüdischen Familie in Anstellung. Hin und her gerissen zwischen dem Antisemitismus ihrer Landsleute und der eigenen Faszination für jüdische Religion, Bräuche und Traditionen verliebt sie sich in den Hausherrn. Bei einem Pogrom werden die Eltern der Familie ermordet. Katerina verliert den Halt und treibt ziel- und planlos von einem Ort zum nächsten.

In dieser Rubrik wollen wir Euch einen kurzen Überblick über Bücher, Broschüren und andere Medien geben, die im Archiv neu

Als sie den Juden Sami kennenlernt und mit ihm einen Sohn bekommt, scheint ihre Suche beendet. Doch dann muss sie mit ansehen wie ihr Kind grausam ermordet wird und tötet dessen Mörder. Aharon Appelfelds neuester Roman macht Katerina zur Chronistin des Antisemitismus in Osteuropa. Appelfeld selbst, geb. 1932, hatte Verfolgung und Krieg, Ghetto und Lager in den Wäldern der Ukraine und als Küchenjunge der Roten Armee überlebt. Er kam 1946 nach Palästina.

• *Thamer, Hans-Ulrich; Erpel, Simone (Hg.): »Hitler und die Deutschen – Volksgemeinschaft und Verbrechen«, Sandstein Verlag, Dresden 2010.*

• *Wamper, Regina; Kellersohn, Helmut; Dietzsch, Martin (Hg.): »Rechte Diskurspiraterien. Strategien der Aneignung linker Codes, Symbole und Aktionsformen«. Edition DISS Bd. 28, Unrast Verlag, Münster 2010.*

Der Sammelband knüpft an das gleichnamige Colloquium des Duisburger Instituts für Sprach- und Sozialforschung an, das im Herbst 2009 statt fand. Die AutorInnen, darunter auch Christoph Schulze vom *apabiz*, beschäftigen sich mit den verschiedenen Aspekten der Adaption linker Aktionsformen, Codes und Symbole und beleuchten das Phänomen umfassend. Die historische Dimension vom Ende des ersten Weltkrieges bis zur heutigen extremen Rechten wird beleuchtet. Übernahmeveruche auf inhaltlicher Ebene werden unter den Aspekten des »nationalen Feminismus«, des »völkischen Antikapitalismus«, Friedenspolitik und der Subkultur diskutiert. Im letzten Abschnitt beschäftigen sich die AutorInnen mit Umgang und Gegenstrategien zu rechten Adaptionen und den Auswirkungen. Die Vielschichtigkeit der Beiträge und die umfassende Darstellung machen den Sammelband zu einem sehr lesenswerten Buch.

• *Green, Sandy: »Zaunkönigin«, Shaker Media, 2010 Aachen.*

Die Autorin des Romans erzählt das schwere Schicksal der fiktiven Protagonistin Elfriede im Nationalsozialismus, die nach einer Denunziation in einem Konzentrationslager inhaftiert wird. Dort wird sie zur Prostitution für Zwangsarbeiter gezwungen, aber auch das Ende des Nationalsozialismus bringt für sie keine persönliche Befreiung. Immer wieder muss sie sich mit ihren persönlichen Erfahrungen auseinandersetzen.

Der Roman bietet einen einfühlsamen und interessanten Zugang zum Thema Zwangsprostitution und KZ-Bordellen, ein immer noch kaum beachtetes Thema des Nationalsozialismus. ◀